

CHINA

Nach Glaubensverbreitung im Internet: Hauskirchenpastor hinter Gittern

Als „Gefangenen des Monats Januar“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Pastor der „Kirche von Zion“ Jin (Ezra) Mingri benannt. Der 56-jährige Chinese wurde am 10. Oktober 2025 in der südchinesischen Stadt Beihai festgenommen, ebenso wie weitere Pastoren und Mitarbeiter dieser Kirche, insgesamt mehr als 30 in sieben Städten. Es kam zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen. Den Gläubigen wird illegale Verbreitung religiöser Informationen im Internet vorgeworfen.

Jin Mingri gründete die Hauskirche im Jahr 2007 in Peking. Sie ist inzwischen auf mehrere Tausend Mitglieder

Musterbrief

Staatspräsident Xi Jinping
via Botschaft der Volksrepublik China
Märkisches Ufer 54
10179 Berlin

Exzellenz,

bitte erlauben Sie mir, dass ich mich aus Sorge um den chinesischen Christen Jin (Ezra) Mingri an Sie wende. Der evangelische Pastor und Gründer der „Kirche von Zion“ wurde am 10. Oktober 2025 festgenommen, ebenso wie weitere Pastoren und Mitarbeiter dieser Kirche. Ihnen wird illegale Verbreitung religiöser Informationen im Internet vorgeworfen.

Die Volksrepublik China hat am 5. Oktober 1996 den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte unterzeichnet, der in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit beinhaltet. Diese Verhaftungen verstoßen schwerwiegend gegen dieses Menschenrecht, das auch in Artikel 36 der Verfassung Ihres Landes zugesichert wird. Ich möchte hiermit an Ihre Vertragstreue appellieren und bitte Sie daher, sich für die umgehende Freilassung Mingris und der mit ihm inhaftierten Kirchenmitglieder einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

Jin Mingri

in mehr als 40 Städten angewachsen, jedoch nicht staatlich registriert. Dieses diktatorische Vorgehen ist wohl eine der größten, gegen Christen gerichteten Verhaftungswellen der letzten Jahre im kommunistischen China. Einige derjenigen, die festgenommen wurden, kamen inzwischen wieder frei, überwiegend gegen Hinterlegung einer Kaution. Im Jahr 2018 wurde diese Kirche erstmals verboten und der Gründer wurde unter Hausarrest gestellt.

CHINA/ WELTWEIT

Kritik vor UN an massiver Missachtung von Menschenrechten

Eine Koalition von 15 Staaten hat sich am 21. November 2025 vor dem Dritten Komitee der UN-Generalversammlung in einer gemeinsamen Erklärung gegen schwere Menschenrechtsverstöße in der Volksrepublik China gewandt. Das Komitee ist auch als Ausschuss für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen bekannt. In dem Dokument kritisieren die Unterzeichner insbesondere willkürliche Inhaftierungen, Folter, Zwangsarbeit, massenhafte Überwachung sowie die gezielte Unter-

drückung von ethnischen und religiösen Minderheiten, darunter Christen, ebenso wie die Abschaffung bürgerlicher Freiheiten in der Sonderverwaltungszone Hongkong und die weltweite Verfolgung von chinesischen Dissidenten. Sie werfen der kommunistischen Regierung zudem Zerstörung von Familienbindungen und kultureller Identität vor.

Rund 75 Prozent der tibetischen Schulkinder in Tibet werden von den Behörden gezwungen, in Internate zu ziehen, wo sie

von ihrem traditionell tibetischen Umfeld getrennt, chinesisch umerzogen und kommunistisch indoktriniert werden. Somit ist die tibetische Identität von der Auslöschung bedroht. China steht zudem wegen der Umerziehung der Uiguren in der Autonomen Region Xinjiang in der Kritik. Mindestens eine Million Angehörige der überwiegend muslimischen Minderheit werden in Umerziehungslagern und Internaten festgehalten; ihre Familien und Traditionen werden auf diese Weise zerstört.

PAKISTAN

Missionar einer Pfingstgemeinde ermordet

Am 5. Dezember ist im pakistanischen Gujranwala (Provinz Punjab) der christliche Pastor Kamran Salamat erschossen worden. Das Verbrechen geschah vor den Augen der Tochter des 45-jährigen Opfers, als beide gerade zu ihrer Schule aufbrechen wollten. Der Täter hatte sich ihm auf einem Motorrad angenähert, das Feuer auf Salamat eröffnet und flüchtete schließlich. Der Pastor war früher Leiter einer Pfingstgemeinde in Islamabad und vor Ort Vorsitzender der Pastoren-Allianz.

In Pakistans Hauptstadt engagierte er sich auch für die Rechte der christlichen Minderheit, die weniger als zwei Prozent



Kamran Salamat

FOTO: PRIVAT

der Bevölkerung ausmacht. Er setzte sich für besonders Benachteiligte unter ihnen ein und war insbesondere unter afghanischen Migranten missionarisch aktiv. Sein Einsatz wurde ihm offenbar zum Verhängnis: Der Vater von drei Kindern erhielt Morddrohungen. Erst vor zwei Monaten war er dem Attentat durch radikalislamische Täter entkommen, die ihn bei dem Mordversuch am rechten Bein verletzten. Daher war er aus Sicherheitsgründen zunächst nach Lahore, dann nach Gujranwala gezogen. Von der Verletzung war er noch nicht wieder genesen, als er nun neuerlich zur Zielscheibe und dabei tödlich getroffen wurde.

NICARAGUA

Bibeleinfuhr verboten

Die sozialistische Diktatur unter Daniel Ortega schottet die Bevölkerung Nicaraguas inzwischen zunehmend vor unabhängigen Informationen ab. So dürfen Medienberichten zufolge Touristen seit einigen Monaten bei der Einreise in das mittelamerikanische Land unter anderem keine Bibeln mehr mitführen. Diese Beschränkung gilt auch für andere Drucksachen und elektronische Geräte. An Busbahnhöfen in Nachbarländern, von denen Personen über die

Grenze nach Nicaragua befördert werden, liegen entsprechende Warnungen vor.

Nicht nur die Informationsfreiheit, sondern auch die anderen Bürgerrechte werden seit Jahren dort massiv eingeschränkt. Insbesondere Christen stehen im Fokus staatlicher Repression, wenn sie das Unrecht in dieser Diktatur anprangern. Seit das Regime friedliche Proteste im April 2018 niederschlug, bei denen Hunderte Menschen umkamen und mehrere Hun-

derte Kritiker in Haft kamen, viele darunter noch immer verschwunden sind, steht die Diktatur in Nicaragua international in der Kritik. Trotz verschärften Ortega und seine Ehefrau und Vizepräsidentin Rosario Murillo die Verfolgung: Rund 4.000 regierungsunabhängige Organisationen und Medien wurden kriminalisiert, aufgelöst und viele Kritiker wurden ins Exil gezwungen. Im März 2025 trat Nicaragua schließlich aus dem UN-Menschenrechtsrat aus.

RUSSLAND

Strafverfahren gegen christliche Journalistin – Zudem Urteil gegen Pastor bestätigt

Russland verfolgt weiterhin gläubige Christen, die aus Gewissensgründen den Angriffskrieg gegen die Ukraine kritisieren. Am 24. November 2025 hat ein Moskauer Gericht Haftbefehl gegen die russisch-orthodoxe Journalistin Kseniya Luchenko erlassen, wie die Organisation „Forum 18“ aus Oslo meldet. Die Ermittlungsbehörden leiteten eine Untersuchung wegen „öffentlicher Verbreitung bewusst falscher Informationen über den Einsatz der Streitkräfte“ gegen sie ein.

Im Juli 2024 hatte die Journalistin auf Telegram einen russischen Raketenangriff

auf ein Kinderkrankenhaus in Kiew verurteilt. Die militärische Gewalt stehe im Widerspruch zur Förderung sogenannter „traditioneller Werte“, die sowohl der russische Staat als auch das Moskauer Patriarchat offiziell propagierten. Bereits zuvor war Luchenko auf der „Liste von Terroristen und Extremisten“ des Finanzüberwachungsdienstes Rosfinmonitoring und in das Register „ausländischer Agenten“ des Justizministeriums eingetragen worden. Die Journalistin hat Russland bereits 2022 verlassen. Im Falle einer Rückkehr in ihre Heimat droht ihr die Verhaftung.

Eine weitere richterliche Entscheidung betrifft den protestantischen Pastor Nikolay Romanyuk, der zu vier Jahren Haft verurteilt wurde. Am 25. November 2025 hat das Regionalgericht Moskau seine Verurteilung bestätigt und damit seine Berufung verworfen. Am 3. September wurde Romanyuk wegen angeblicher Sicherheitsgefährdung für schuldig befunden, weil er gepredigt hatte, dass die Mitglieder seiner Kirche nicht in der Ukraine kämpfen sollten.

(Übersetzung der Quelle: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ)